

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung in private Hand

A. Problem und Ziel

Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 23. Oktober 2007 (Rechtsache C-112/05) hat die Bundesrepublik Deutschland gegen Europäisches Recht verstoßen, indem sie bestimmte Vorschriften des Gesetzes über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung in private Hand vom 21. Juli 1960 (VW-Gesetz) beibehalten hat (Schlussformel). Das Urteil muss in nationales Recht umgesetzt werden.

B. Lösung

Die vom Europäischen Gerichtshof als mit dem Europarecht nicht vereinbar bezeichneten Vorschriften werden ersatzlos aufgehoben.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

Keine

E. Sonstige Kosten

Keine

F. Bürokratiekosten

Es werden keine Informationspflichten für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger oder die Verwaltung eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 25. September 2008

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die
Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk Gesell-
schaft mit beschränkter Haftung in private Hand

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Justiz.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Abs. 1 NKRG
ist als Anlage 2 beigefügt.

Der Bundesrat hat in seiner 847. Sitzung am 19. September 2008 gemäß Artikel 76
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung in private Hand*

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Gesetzes über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung in private Hand

Das Gesetz über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung in private Hand vom 21. Juli 1960 (BGBl. I S. 585), zuletzt geändert durch ... wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird aufgehoben.
2. § 4 Abs. 1 wird aufgehoben.

Artikel 2

Änderung des Aktiengesetzes

§ 101 Abs. 2 Satz 5 des Aktiengesetzes vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1089), das zuletzt durch Artikel ... des Gesetzes vom ... geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

* Artikel 1 dieses Gesetzes dient der Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 23. Oktober 2007, Kommission der Europäischen Gemeinschaft gegen Bundesrepublik Deutschland, Rechtssache C-112/05.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Ausgangslage und Inhalt des Entwurfs

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat mit Urteil vom 23. Oktober 2007 (Rechtssache C-112/05) für Recht erkannt und entschieden, dass die Bundesrepublik Deutschland gegen ihre Verpflichtungen aus Artikel 56 Abs. 1 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) verstoßen hat, indem sie § 4 Abs. 1 sowie § 2 Abs. 1 in Verbindung mit § 4 Abs. 3 des Gesetzes über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung in private Hand vom 21. Juli 1960 (VW-Gesetz) beibehalten hat (Schlussformel).

Nach Artikel 228 Abs. 1 EGV hat die Bundesrepublik Deutschland die Maßnahmen zu ergreifen, die sich aus dem Urteil des EuGH ergeben. Die Entscheidung muss in nationales Recht umgesetzt werden: Die vom EuGH im Urteil für europarechtswidrig erklärten Vorschriften müssen aufgehoben werden; Vorschriften, die nicht Gegenstand des Verfahrens vor dem EuGH waren, müssen nicht nach Artikel 228 Abs. 1 EGV geändert werden.

Aus dem Urteil des EuGH ergeben sich hiernach zwei notwendige Änderungen des VW-Gesetzes: Die gesetzlichen Entsendungsrechte zugunsten der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Niedersachsen (§ 4 Abs. 1) sowie die Stimmrechtsbeschränkung (§ 2 Abs. 1) müssen aufgehoben werden.

II. Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes

Die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes ergibt sich aus Artikel 74 Abs. 1 Nr. 11 in Verbindung mit Artikel 72 Abs. 1 des Grundgesetzes. Der Bund hat im VW-Gesetz von seiner konkurrierenden Gesetzgebungszuständigkeit Gebrauch gemacht.

III. Kosten und Preise

Auswirkungen auf Kosten und Preise sind nicht zu erwarten.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Gesetzes über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung in private Hand)

Zu Nummer 1 (§ 2)

Der EuGH hat entschieden, dass das Zusammenspiel von § 2 Abs. 1 und § 4 Abs. 3 des VW-Gesetzes eine Beschränkung des Kapitalverkehrs darstellt. Das Zusammenspiel dieser Normen muss deshalb beendet werden. Dem wird genügt, indem § 2 des VW-Gesetzes aufgehoben wird. Damit ist die Verbindung beendet.

§ 2 Abs. 1 des VW-Gesetzes sah eine Stimmrechtsbeschränkung auf 20 Prozent vor. Die Absätze 2, 3 der Vorschrift enthielten Vorschriften zur Zurechnung von Aktien, die nicht im Eigentum des Aktionärs stehen, sowie ein Umgehungsverbot. Diese Vorschriften sind ohne die in Absatz 1 vorgesehene Stimmrechtsbeschränkung hinfällig. § 2 wird deshalb insgesamt aufgehoben. Da § 134 Abs. 1 Satz 2 des Aktiengesetzes für börsennotierte Gesellschaften ein Höchststimmrecht nicht zulässt, steht eine entsprechende Satzungsregelung im Widerspruch zum allgemeinen zwingenden Aktienrecht.

Zu Nummer 2 (§ 4 Abs. 1)

Nach dieser Vorschrift waren die Bundesrepublik Deutschland und das Land Niedersachsen berechtigt, je zwei Aufsichtsratsmitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden, solange ihnen Aktien der Gesellschaft gehören. Diese Vorschrift beschränkt nach dem Urteil des EuGH die Kapitalverkehrsfreiheit; sie muss deshalb aufgehoben werden. Entsenderechte können aber im Rahmen des nach allgemeinem Aktienrecht Zulässigen weiterhin durch die Satzung bestimmt werden.

Zu Artikel 2 (Änderung des Aktiengesetzes)

Die Änderung des Aktiengesetzes beruht auf der Aufhebung von § 4 Abs. 1 des VW-Gesetzes; es handelt sich um eine Folgeänderung.

Zu Artikel 3 (Inkrafttreten)

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Anlage 2**Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates**

Der Nationale Normenkontrollrat hat den o. g. Gesetzentwurf auf Bürokratiekosten, die durch Informationspflichten begründet werden, geprüft.

Mit dem Gesetz werden keine Informationspflichten für die Wirtschaft, die Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger eingeführt, geändert oder aufgehoben. Es entstehen keine neuen Bürokratiekosten für Wirtschaft, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger.

Der Nationale Normenkontrollrat hat im Rahmen seines gesetzlichen Prüfauftrages daher keine Bedenken gegen das Regelungsvorhaben.

